

Algerien – mit Gebeten oder Panzern zur Demokratie?

Seit 1988 erlebt Algerien eine stürmische Phase politischer Veränderungen. Mit den Oktoberunruhen von 1988 schien eine Abkehr vom Einparteiensystem und die Hinwendung zu einer modernen Demokratie in einem irreversiblen und für arabische Verhältnisse beispielhaften Prozeß zu verlaufen. Doch die Aussetzung der zweiten und entscheidenden Runde der Parlamentswahlen, die Amtsenthebung des Staatspräsidenten Chadli Bendjedid und die Ausrufung des Ausnahmezustandes im Januar 1992 verschärften die Auseinandersetzungen um die politische Zukunft des Landes in äußerst dramatischer Weise. Heute stehen sich auf diesem Weg zwei Kontrahenten gegenüber, die im Verständnis europäischer Betrachter wohl am wenigsten als Garanten für das angestrebte pluralistische Gesellschaftsmodell gelten – zum einen die islamistischen Strömungen (FIS, HAMAS, MNI), zum anderen die Militärs. Doch diese so kontroversen Akteure haben ihre gemeinsamen Wurzeln in der politischen Kultur und den geistig-kulturellen Traditionen des Landes.

Zunächst ist für Algerien der Bezug auf den Islam im politischen Leben kein völlig neues Phänomen. Wie auch in anderen arabischen Ländern fungierte die Religion als einigendes Band im antikolonialen Kampf und bildete nach Erlangung der nationalen Unabhängigkeit ein grundlegendes Element von Verfassungen, Nationalcharten und Parteiprogrammen.¹ Im Geschehen des Oktobers 1988 kristallisierten sich die religiösen Gruppierungen ganz deutlich als die einzige Alternative für viele Algerier heraus, da es ihnen gelang, dem spontanen und politisch zunächst kaum profilierten Protest der größtenteils Halbwüchsigen, der sich blindwütig in zerstörerischem Haß gegen die Symbole des Staates entlud, Stimme, Forum und Ziel zugeben.² Es war die einzige Bewegung, die sich den Jugendlichen als glaubwürdig präsentierte und ihr Vertrauen erringen konnte – dem kommt in einem Land, in dem mehr als die Hälfte der Bevölkerung jünger als dreißig Jahre ist, entscheidendes politisches Gewicht zu. Aus der Generation der Heranwachsenden firmiert sich in Algerien die Masse des Protestpotentials, denn diese werden wie kaum eine andere soziale Gruppe so deutlich mit den Mißständen ihrer Gesellschaft konfrontiert. Hier steht an erster Stelle ohne Zweifel das Beschäftigungsproblem – 80 Prozent des über eine Million zählenden Arbeitslosenheeres sind Jugendliche. Damit tragen sie in besonderer Weise die Lasten der gescheiterten Modernisierungsstrategie der achtziger Jahre, und sie mußten wiederum mit den größten Opfern in dem angestrebten Wirtschaftsstruktur-anpassungsprozeß der neunziger Jahre rechnen.

Gerade die jungen Algerier spüren anhand der eigenen Lebenserfahrung die krasse Diskrepanz zwischen den staatlich verkündeten Parolen eines gerechten Sozialismus und einer rasch wuchernden Ungleichheit. Bevölkerungsexplosion und Landflucht führten in den letzten zwei Jahrzehnten zu einem sozial und infrastrukturell nicht zu bewältigenden Städtewachstum. Marginalisierung im Arbeitsleben, Wohnungsnot, Übervölkerung der ärmeren Wohnviertel und Bidonvilles sowie fehlende Möglichkeiten zur sinnvollen geistig-kulturellen Betätigung riefen bei jungen Menschen Hoffnungslosigkeit und Unzufriedenheit hervor. Räumliche Enge und geistige Leere förderten ihre Hinwendung zur Moschee als Ort des Gebetes, der seelischen Entspannung, der Freizeitgestaltung und der politischen Willensbekundung.³ Der Rückgriff auf eine islamische Gesellschaft als Zukunftsvision erscheint erklärlich, da die bisherige Entwicklung, von vielen mit westlicher Modernisierung schlechthin gleichgesetzt, keinen sozialen Aufstieg, sondern selbst bis in die Mittelschichten hinein materielle und kulturelle Verarmung bedeutete. Es ist ein Ausdruck der Unfähigkeit, ja sicher auch der Unmöglichkeit, sich mit den Werten der modernen Industriegesellschaft zu identifizieren. Hinwendung zu den Geboten des Islam schließt auch die Ablehnung einer von fremden, technokratisch-ökonomistischen Anforderungen und Normen beherrschten Welt ein, die algerische Industriesoziologen bereits in den achtziger Jahren als eine Ursache für die Fehlschläge bei der Industrialisierung des Landes diagnostizierten.⁴ Hier artikuliert sich die Suche nach einem altvertrauten und stabilen Wertesystem, das in einer Zeit so jähen sozialen Wandels den von Identitätsverlust bedrohten Menschen noch den Rest von Geborgenheit und Selbstwertgefühl vermitteln kann. Gerechtigkeit, Arbeit, Sicherheit, Stabilität – mit diesen einfachen Schlagworten umreißen die islamistischen Führer genau jene Ideale, die die jungen Algerier in ihrer heutigen Gesellschaft vermissen.⁵

Doch der Bezug auf den Islam ist in letzter Konsequenz auch ein folgerichtiges Ergebnis der Politik der staatstragenden FLN, die ganz bewußt das islamische Lager so weit agieren ließ, daß es den marxistischen bzw. prosozialistischen Kräften in Gewerkschaften, Universitäten und kommunistischer Opposition Einhalt gebieten konnte. Bereits der erste Staatspräsident Ben Bella betonte den algerischen Weg eines „islamischen Sozialismus“, um sich bewußt von „importierten“ marxistisch-leninistischen Sozialismusmodellen abzugrenzen.⁶ Auch sein Nachfolger Boumedienne verfolgte in den siebziger Jahren diese Doppelstrategie, indem er sich religiöser Kreise bediente, um während der Agrarumgestaltung die auf radikalere Eigentumsveränderungen drängenden Teile der Studentenschaft im Zaum zu halten. So meint L. Addi sarkastisch, daß die FLN der eigentliche „Vater der FIS ist“.⁷ Dieser Eindruck wurde auch genährt durch die Versuche des Staates, die Religion immer stärker zur Rechtfertigung der eigenen Politik zu instrumentalisieren. Die offiziell betriebene Auslegung des Islam diskreditierte

sich in den Augen vieler Gläubigen immer offensichtlicher als Staatskult, als Legitimierung der Machtansprüche der Elite. So übte die Regierung eine strikte Kontrolle des Obersten Islamischen Rates aus, ernannte dem Staat willfährige Imane, organisierte Seminare zum islamischen Denken, ordnete das Vermögen der religiösen Stiftungen dem Staatssektor zu und erließ 1984 ein stark an die Scharia gebundenes Familiengesetz – der Staat selbst benutzte den Islam zur politischen Stillhaltung und Kontrolle des Volkes und wird nun von der Opposition in gewisser Weise mit seinen eigenen Waffen geschlagen.

Wenn heute gerade junge Algerier die Wiedererweckung islamischer Organisationsformen und Moralnormen herbeisehnen, so liegt dies z.T. auch darin begründet, daß viele bei Arbeitslosigkeit nur durch das noch funktionierende soziale Netz der Großfamilie oder der religiösen Gemeinschaft vor sozialer Entwurzelung geschützt werden konnten, da der Staat keine ausreichenden Sicherungssysteme bereitstellte und seine nur schwerfällig arbeitenden Institutionen die Bürger in ihren Alltagsnöten im Stich ließen. Diese brisanten gesellschaftlichen Defizite hatten schon in den siebziger Jahren islamische Vereinigungen erkannt und darauf reagiert, indem sie in unmittelbarer Nähe der Elendsviertel in den Großstädten mit privater Initiative insbesondere der Händlerschichten Moscheen errichteten und sich Zulauf aus den pauperisierten Massen sicherten. So waren es auch die islamistischen Gruppen, die z.B. bei dem Erdbeben 1989 in Westalgerien als erste den Opfern unbürokratisch Hilfe leisteten.⁸

Der seit 1988 in Gang gekommene Demokratisierungsprozeß konnte den Einfluß der religiösen Bewegung unter den Jugendlichen nicht stoppen, denn die bislang geschaffenen neuen politischen Strukturen wirkten ineffizient und als ein Zerrbild des modernen Pluralismus. Dies ist nach dreißig Jahren Einparteiensherrschaft sicherlich nicht verwunderlich, doch es führte zu Frustrationen mit dieser Form der Demokratie. Die bisher realisierten Schritte zum Mehrparteiensystem erschienen für manche wohl wie ein Aufbruch zum Chaos – 52 neue politische Organisationen teilweise ohne echtes Profil und klare Konturen verwirrten eher einen Teil der Wähler. Schon bald mußten gerade die Jugendlichen spüren, daß z.B. die neu erkämpften Rechte wie die Meinungs- und Pressefreiheit an sich noch nichts an ihnen widrigen Lebensumständen änderten. Deshalb fanden die Vorstellungen religiös motivierter basisdemokratischer Volksvertretungen unter ihnen großen Anklang, wie sie z.B. der Präsident der HAMAS, Mahfoud Nahnah, mit der „Schurakratia“, der Verbindung von Schura (Prinzip der Konsultation) und Scharia (islamisches Recht), propagierte.⁹

So konnte ein prominenter Vertreter der FIS, El Hachemie Sabnouni, auch unverhohlen und ohne etwa mit Stimmeneinbußen rechnen zu müssen, vor der Wahl verkünden: „Im Falle einer Mehrheit bei den nächsten Wahlen werden wir die Verfassung außer Kraft setzen, die weltlichen und sozialistischen Parteien

verbieten, unverzüglich die Scharia anwenden und sofort den Präsidenten der Republik absetzen.“¹⁰

Doch eine Verurteilung undemokratischer Absichten der FIS können die heutigen Machthaber in Algerien wohl kaum glaubwürdig vertreten, nachdem sie nun selbst alle demokratischen Gremien mit dem Ausnahmezustand außer Kraft setzten und wieder wie so oft in den letzten Jahren mit Panzern ihre vermeintliche Stärke demonstrierten.

Die Armee, aus dem antikolonialen Befreiungskampf als siegreiche und populäre Kraft hervorgegangen, spielte in Algerien seit Erlangung der nationalen Unabhängigkeit stets eine dominante innenpolitische Rolle. Die militärische Führung sicherte sich auf indirekte Weise die Schaltstellen der Macht, indem sie z. B. die Führungskader der FLN stellte und kontinuierlich wichtige Posten in deren Politbüro besetzte. Bis 1989 garantierte die verfassungsmäßig festgeschriebene Aufgabe der Partei, den Staatspräsidenten zu bestimmen, somit dessen Wahl aus den Reihen der Militärs.¹¹ Es gab im unabhängigen Algerien keine Regierung, die nicht mit der Unterstützung der Armee an die Macht gelangt war. Ben Bella, der erste und bis zur Einsetzung von M. Boudiaf 1992 bislang einzige algerische Präsident, der nicht unmittelbar aus dem Offizierskorps hervorging, wurde nach dreijähriger Amtszeit 1965 von Oberst Boumedienne mit Hilfe der bewaffneten Kräfte gestürzt. Für Boumedienne blieb die Armee und hier wiederum insbesondere die Abteilung „Militärische Sicherheit“ der wichtigste Machtfaktor seiner Politik. Nach seinem Tode 1979 wurde folgerichtig Chadli Bendjedid in das Amt des Staatspräsidenten gewählt, politisch bis dahin sicher kaum markant in Erscheinung getreten, doch als dienstältester Offizier für diesen Posten prädestiniert. Dem Volk kam in diesem Machtspiel trotz populistischer Politik der Staatsführung lediglich eine Statistenrolle zu, wie ein Insider der algerischen Politik, der langjährige Industrieminister Belaid Abdessalam, 1990 in einem Interview freimütig bekannte.¹²

Bereits im Dezember 1991 wurde ein „Comité national pour la sauvegarde de l'Algérie“ gegründet, das mit diskreter Unterstützung der Militärs den Boden für deren Machtergreifung politisch vorbereiteten sollte.¹³ Als sich abzeichnete, daß Chadli Bendjedid zur Absicherung eigener Positionen in Absprache mit der FIS den Führungsanspruch der Militärs gefährden könnte, erzwang der Verteidigungsminister seine Absetzung. Immer öfter übernahm die Armee in den letzten Monaten Polizeiaufgaben. Sie dokumentierte damit die Bereitschaft des Staates, gesellschaftliche Konflikte nicht etwa ausschließlich mit politischen Mitteln, sondern auch gegebenenfalls mit dem Einsatz von Waffen lösen zu wollen.

Ein Vierteljahr nach Verhängung des Ausnahmezustandes zeigt sich, daß bisher noch keine von den neuen Machthabern versprochenen radikalen Veränderungen erreicht wurden. Die Beendigung der wirtschaftlichen Misere durch den

Algerien – mit Gebeten oder Panzern zur Demokratie?

erhofften Zustrom von Auslandskapital im Erdölsektor läßt auf sich warten, da die angespannte innenpolitische Lage kein günstiges Investitionsklima verheißt. Dem Hohen Staatskomitee, das als neues Gremium nun die Befugnisse des abgesetzten Präsidenten bis zum vorgesehenen Ende seines Mandates im Dezember 1993 wahrnehmen soll, ist es auch mit der Integration solch symbolträchtiger Figuren, wie dem Präsidenten der Vereinigung der ehemaligen Befreiungskämpfer, dem früheren Rektor der Pariser Moschee oder dem Minister für Menschenrechte bisher kaum gelungen, seine fehlende politische Legitimation wettzumachen.

Die Entlassung des Kommandanten der Landstreitkräfte im Frühjahr 1992, die auf Unstimmigkeiten innerhalb der Armee deuten könnte und zugleich Gerüchte, daß die Militärführung auch nach dem Posten des Premierministers greifen wolle, schüren in Algerien gegenwärtig eher die Angst vor weiteren Machtansprüchen der bewaffneten Kräfte.¹⁴ Doch die Herstellung eines breiten sozialen Konsens, der für die Weiterführung der unumgänglichen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Reformen unabdingbar ist, läßt sich nicht mit Waffengewalt erzwingen, sondern erfordert die schnelle Rückkehr zu einem politischen Dialog, der sicher Kompromisse von allen Seiten fordert, der aber auch die Respektierung des Wählerwillens verlangt. Bis auf die PAGS haben sich alle algerischen Parteien für eine rasche Neuansetzung des zweiten Wahlganges ausgesprochen und damit ihr Vertrauen in die Entscheidung des mündigen Wählers bekundet – eine politische Logik, der sich auch die Militärs auf Dauer nicht entziehen können.

- 1 Siche u.a. Die zeitgenössischen islamischen Bewegungen in der arabischen Welt, Beirut 1989, S. 29ff. (arab.).
- 2 A. Charef, Octobre. Dossier, Algier 1989, S. 95.
- 3 Vgl. A. Rouadja, Les frères et la mosquée. Enquête sur le mouvement islamiste en Algérie, Paris 1990, S. 127ff.
- 4 Siche hierzu u.a. M. Mebtoul, Discipline d'usine. Productivité et société en Algérie, Algier 1986, S. 61ff.
- 5 Siche Die islamische Revolution in Algerien. Vollständiger Text des politischen Programms der FIS, Algier 1991, S. 3ff. (arab.).
- 6 M. Al Ahnaf, B. Botiveau, F. Frégosi, L'Algérie par ses islamistes, Paris 1991, S. 24.
- 7 L. Addi, De la permanence du populisme algérien, in: Peuples Méditerranéens, Nr. 52-53/1990, S. 42.
- 8 R. Mortimer, Islam and multiparty politics in Algeria, in: The Middle East Journal 4/1991, S. 578.
- 9 S. Algérie-Actualité Nr. 1252, Algier 1989, S. 13.
- 10 A. Kapil, Les partis islamistes en Algérie: éléments de présentation, in: Maghreb/Machrek Nr. 133/1991, S. 104.
- 11 Vgl. S. Faath, Algerien. Gesellschaftliche Strukturen und politische Reformen zu Beginn der neunziger Jahre. Mitteilungen des Deutschen Orient-Instituts Nr. 40, Hamburg 1990, S. 154.
- 12 M. Bennoun/ A. El Kenz, Le Hasard et l'Histoire. Entretien avec Belaid Abdessalam, Algier 1990, S. 268.
- 13 Siche Jeune Afrique Nr. 1620/1992, S. 14.
- 14 Siche Le Monde v. 13.4.1992.